

1-2018

nds

DIE ZEITSCHRIFT DER BILDUNGSGEWERKSCHAFT

Philosophieren in der Grundschule
Kein Podium für Faschismus
Konsequent zu G9 zurückkehren!
Medienpass NRW: Was ist neu?
Tarifrunde: Es geht um unser Geld!
GEW NRW gegen Lehrkräftemangel



**Für neue Aussichten:
Zweiter Bildungsweg.**

GEW
NRW.



Mit der GEW NRW ins Kino

DAS SCHWEIGENDE KLASSENZIMMER

Der Film erzählt ein bewegendes Kapitel aus dem Tagebuch des Kalten Krieges, basierend auf den persönlichen Erlebnissen und der gleichnamigen Buchvorlage von Dietrich Garstka. Mit einer einfachen Geste brachte er 1956 mit seinen Mitschüler*innen einen ganzen Staatsapparat gegen sich auf.

1956, Westberlin: Bei einem Kinobesuch sehen die Abiturienten Theo (Leonard Scheicher) und Kurt (Tom Gramenz) in der Wochenschau dramatische Bilder vom Aufstand der Ungarn in Budapest. Zurück in Stalinstadt entsteht spontan die Idee, im Unterricht eine solidarische Schweigeminute für die Opfer abzuhalten. Doch die Geste zieht viel weitere Kreise als erwartet: Während Schulleiter (Florian Lukas) versucht, das Ganze als Jugendlaune abzutun, geraten die Schüler*innen in die politischen Mühlen der jungen DDR. Der Volksbildungsminister (Burghart Klaußner) verurteilt die Aktion als konterrevolutionären Akt und verlangt von den Schüler*innen, den*die Rädelsführer*in zu benennen. Doch die Jugendlichen halten zusammen. Eine Entscheidung, die ihr Leben verändert.

Als Regisseur und Drehbuchautor fungierte der mehrfach ausgezeichnete Lars Kraume (DER STAAT GEGEN FRITZ BAUER). Weltpremiere feiert DAS SCHWEIGENDE KLASSENZIMMER auf der Berlinale 2018.

Vorstellungen für Schulklassen sind ab Kinostart möglich. Der Film eignet sich für die Fächer Geschichte, Politik, Ethik, Deutsch und Pädagogik.



VORSTELLUNG FÜR GEW-MITGLIEDER

Sonntag, 25. Februar 2018

Bielefeld Kamera, Feilenstraße 2-4, Beginn: 11.00 Uhr

Essen Lichtburg, Kettwiger Str. 36, Beginn: 11.00 Uhr

Offizieller Kinostart 1. März 2018

Filmwebsite www.dasschweigendeklassenzimmer.de

Unterrichtsmaterial www.gew-nrw.de/kino

Anmeldung und Infos www.gew-nrw.de/veranstaltungen



Alle mitnehmen – Lernen im Zweiten Bildungsweg

Der Zweite Bildungsweg in Nordrhein-Westfalen ist ein überschaubarer, aber nicht wegzudenkender Bereich der Schullandschaft. Ein Blick in die Vergangenheit macht dies deutlich: Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es viele Menschen, die aufgrund der Kriegereignisse ihre Schullaufbahn nicht abschließen konnten. Das führte zur Gründung von Abendgymnasien, Kollegs und Abendrealschulen. In dieser Zeit entstand zum Beispiel das Westfalen-Kolleg Dortmund. In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts bestand ein großer Bedarf an schulischer Weiterbildung, weil viele Menschen aufgrund finanzieller Engpässe und dem Wunsch, schnell Geld zu verdienen, ihre schulische Laufbahn früh abgebrochen hatten. Weitere Weiterbildungskollegs gingen an den Start, zum Beispiel die Abendschule Unna und das Sauerland-Kolleg Arnsberg.

Gelebte Inklusion und flexible Lernmodelle

Die aktuelle Situation stellt sich anders dar: Ein Großteil der Jugendlichen strebt direkt das Abitur an. Umso mehr fällt auf, dass es dem ersten Bildungsweg nicht gelingt, alle Jugendlichen mitzunehmen. Viel zu häufig wird „abgeschult“. Das mag teilweise an persönlichen Gründen liegen, sehr viel häufiger aber an der Unfähigkeit des gegliederten Schulsystems, sich auf die unterschiedlichen Voraussetzungen der jungen Menschen einzugehen. Diese Lücke wird von den Weiterbildungskollegs in NRW erfolgreich geschlossen.

Weiterbildungskollegs sind häufig Schulen, die alle drei Bildungsgänge – Abendrealschule, Abendgymnasium und Kolleg – unter einem Dach vereinen. Die Lehrer*innen sind es gewohnt, auf die unterschiedlichen Bedürfnisse ihrer Studierenden einzugehen. So kann es vorkommen, dass in einem Kurs Teilnehmer*innen sitzen, die bereits eine einschlägige, hochwertige Berufsausbildung haben, und gleichzeitig andere, die aufgrund persönlicher Schwierigkeiten die Schule früh abgebrochen haben. Ein extremes Beispiel ist ein junger Mann, der bis zum Alter von 18 Jahren an einer Förderschule für geistige Entwicklung war. Anschließend kam er auf meine Abendrealschule und machte dort seinen Realschulabschluss inklusive zentraler Prüfung. Diese gestiegene Flexibilität der Bildungsbiografien ist eine Herausforderung, die von den Weiterbildungskollegs aktiv aufgegriffen wird. Unterschiedliche Modelle, wie Arbeit in Modulen, Blended Learning oder flexibilisierter Unterricht für Schichtarbeiter*innen, sind strukturelle Lösungen. Der Fokus auf Kompetenzen und exemplarischen Lerninhalten ist ein Schwerpunkt der Unterrichtsentwicklung.

Sprachliche Grundsteinlegung und digitale Vorreiterrolle

Eine Herausforderung für den Zweiten Bildungsweg ist der stetig wachsende Anteil von Menschen mit geringen Sprachkenntnissen – und davon betroffen sind nicht nur Studierende mit Migrationshintergrund. Die deutsche Sprache ist eine notwendige Voraussetzung, um im Beruf erfolgreich zu sein. Die durchgängige Sprachbildung ist deshalb ein weiteres Merkmal des Zweiten Bildungswegs. Die Sprachförderung für Menschen mit Migrationshintergrund und für Teilnehmer*innen, deren Sprachbildung lückenhaft ist, muss dringend weiter ausgebaut werden.

Wenn es um die fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft geht, nimmt der Zweite Bildungsweg eine Vorreiterrolle ein: Die Nutzung digitaler Medien ist einer seiner elementaren Bausteine, zum Beispiel mit dem Angebot abitur-online.nrw. Die Weiterentwicklung des Unterrichts in Modulen lässt sich mit digitaler Unterstützung vorantreiben. Studierende können so ihre persönliche Lebenssituation mit Beruf, Familie und Hobbys mit der Schule in Einklang bringen. Das Lernen in Modulen wird bereits in einigen Abendrealschulen erprobt und ist in anderen Ländern – etwa in Österreich – schon Standard. Es ermöglicht ein deutlich passgenaueres Eingehen auf die individuellen Voraussetzungen der Studierenden und unterstützt ein wesentliches Ziel des Zweiten Bildungswegs: alle mitzunehmen. //



*Axel Bruns,
stellvertretender Sprecher
des Dachverbands der
Weiterbildungskollegs in
NRW, Sprecher des Rings
der Kollegs NRW und Schul-
leiter des Sauerland-Kollegs
Arnsberg*

THEMA



Für neue Aussichten: Zweiter Bildungsweg.

Weiterbildungskollegs in Nordrhein-Westfalen
Die zweite Chance

Seite 16

Erfahrungsbericht: Lernen im Zweiten Bildungsweg
Ein Miteinander auf Augenhöhe

Seite 18

Erfahrungsbericht: Lernen im Zweiten Bildungsweg
Geschenkt gibt es nichts

Seite 19

Schulsozialarbeit: Inklusion im Zweiten Bildungsweg
Was ist schon typisch?

Seite 20

Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen im Zweiten Bildungsweg
Inseln der Glückseligkeit?

Seite 22

BILDUNG



Philosophieren in der Grundschule
Wertebildung fest verankern

Seite 8

Im Gespräch mit Eva Wanneck
Kein Podium für Faschismus

Seite 10

Neuer Gesetzentwurf gefordert
Für eine konsequente Rückkehr zu G9!

Seite 12

Kompetenzrahmen Medienpass NRW
Medieneinsatz als pädagogischer Gewinn

Seite 14

ARBEITSPLATZ



Tarifrunde 2018
Jetzt geht es um unser Geld!

Seite 24

Multiprofessionelle Teams in der Grundschule
Mehr Sozialpädagog*innen in der Schuleingangsphase

Seite 26

Gewerkschaftstag 2017: Lehrkräftemangel in NRW
Sozial selektiv und bildungsfeindlich

Seite 28

*Kommentar: Imagekampagne für den Lehrer*innenberuf*
Wahrheit und Werbung

Seite 29

Fachgruppen der GEW NRW
Das wird unser Jahr 2018!

Seite 30

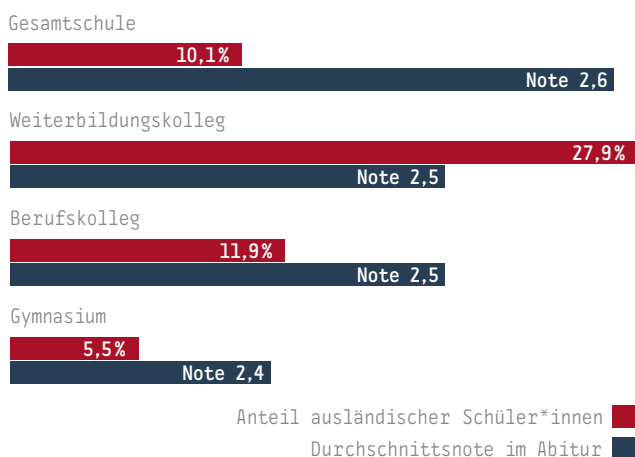
IMMER IM HEFT

GEW-Kino	Seite 2
Nachrichten	Seite 6
Leserbriefe	Seite 15
Jubilare	Seite 32
Weiterbildung	Seite 33
Infothek	Seite 34
Termine	Seite 38
Impressum	Seite 39

Dieser nds ist für alle Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen die aktuelle Besoldungstabelle beigelegt. Sollte sie in Ihrer Ausgabe fehlen, geben Sie uns gern Bescheid per E-Mail an poststelle@gew-nrw.de.

Weberbildungskollegs erfolgreich im Abitur

Abiturnoten in NRW im Vergleich



Quelle: Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW: Das Schulwesen in NRW aus quantitativer Sicht im Schuljahr 2016/2017

Die Leistung im Abitur hängt sehr stark von der besuchten Schulform ab. Diese oder ähnliche Aussagen sind in bildungspolitischen Diskursen häufig zu hören. Dass es auch anders sein kann, geht aus der Statistik der Abiturnoten hervor. Demnach unterscheiden sich die Durchschnittsnoten im Abitur nur wenig voneinander: Gymnasien 2,4, Berufskollegs 2,5 und Weiterbildungskollegs 2,5 sowie Gesamtschulen 2,6 (ohne Berücksichtigung der nicht bestanden Prüfungen). Insbesondere die guten Ergebnisse der Weiterbildungskollegs sind bemerkenswert, da deren Studierende im Durchschnitt problematische Lernvoraussetzungen mitbringen. So beträgt etwa der Anteil ausländischer Studierender 27,9 Prozent. Zum Vergleich: An Gymnasien sind es 5,5 Prozent, an Berufskollegs 11,9 Prozent und an Gesamtschulen 10,1 Prozent. Andere Schwierigkeiten ergeben sich beispielsweise durch psychische Erkrankungen und finanzielle Sorgen der Studierenden. Einige müssen neben den Unterrichtsstunden Kinder betreuen oder Angehörige pflegen. Außerdem haben viele Studierende vor dem Besuch des Weiterbildungskollegs viele Jahre keine Schule mehr besucht. **Mehr zum Zweiten Bildungsweg ab Seite 16. Jörg Erik Kinner**



Begreifen zum Eingreifen

Filme zum Klimawandel



Welche Folgen hat der Klimawandel? Wie funktioniert der Treibhauseffekt? Ein internationales Team aus Autor*innen, TV- und Online-Redakteur*innen produziert für das Projekt GLOBAL IDEAS Infofilme zum Thema Klimawandel. www.tinyurl.com/klimawandel-filme

DGB-Bildungswerk



Das DGB-Bildungswerk hat anlässlich der Betriebsratswahl 2018 seinen Internetauftritt zur Betriebsratsqualifizierung neu gestaltet. Auf der Seite sind unter anderem Tipps für die Betriebsratsarbeit zu finden. www.dgb-bildungswerk.de

Lohngerechtigkeit



In Island werden gleiche Löhne ab sofort per Gesetz garantiert. Der Inselstaat ist das erste Land der Welt, das Unternehmen verpflichtet, Arbeitnehmer*innen gleiche Gehälter bei gleicher Position zu bezahlen. www.tinyurl.com/dw-island

OGS: Mehr Geld

Die Landesregierung will die Fördersätze für die Offenen Ganztagschulen (OGS) ab 1. August 2018 von drei Prozent jährlicher Erhöhung auf sechs Prozent verdoppeln. Damit werden 480 Millionen Euro bereitgestellt. Die GEW NRW begrüßt den Schritt, mahnt jedoch an, dass qualitative Verbesserungen erfolgen müssen. Sie lehnt die ebenfalls von der Landesregierung angekündigte Flexibilisierung ab. Diese verhindert unter anderem die notwendige Rhythmisierung des Vor- und Nachmittagsbereichs. *abe*

Tarifergebnis

Die Tarifkommission der GEW hat einem im November 2017 erzielten Verhandlungsergebnis für Angestellte von Berlitz zugestimmt. Damit können die Bestandteile der Tarifeinigung zum 1. Januar 2018 in Kraft treten. Die Stundensätze werden zum 1. Januar 2018 und zum 1. Januar 2019 jeweils um zwei Prozent erhöht. Des Weiteren steigt der Zuschlag für Nichtstandardunterricht zum 1. Januar 2018 um zehn Prozent von derzeit 1,- Euro auf 1,10 Euro. *abe*

Größte Bildungsgewerkschaft in NRW

Die GEW NRW ist mit Abstand die größte Bildungsgewerkschaft in NRW. Sie verzeichnete zum Jahresbeginn 48.152 Mitglieder. Der gesellschaftliche Trend, dass sich das Geschlechterverhältnis in den pädagogischen Berufen weiter zugunsten der Frauen verschiebt, spiegelt sich auch in der Mitgliedschaft wider: Sieben von zehn GEW-NRW-Mitgliedern sind Frauen. „Die Marschroute für das kommende Jahr ist klar. Wir setzen uns weiter für eine Aufwertung der pädagogischen Berufe ein und leisten damit einen gewerkschaftlichen Beitrag gegen die mittelbare Frauendiskriminierung bei der Bezahlung. Von der Landesregierung erwarten wir jetzt den Durchbruch bei der Besoldung für Lehrkräfte an Grundschulen und Schulen der Sekundarstufe I“, sagt GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer. Wer wirksam etwas gegen Lehrer*innenmangel tun wolle, müsse Lehrkräfte ob im Beamt*innenverhältnis oder als Tarifbeschäftigte vernünftig bezahlen. Die GEW NRW setzt dazu die JA-13-Kampagne fort. **Mehr unter www.tinyurl.com/gew-nrw-mitgliederentwicklung** *bp*

Anpassung der GEW-Beiträge

Zum 1. Januar 2018 sind die Mitgliedsbeiträge der GEW erhöht worden. Ausschlaggebend dafür sind unter anderem die höheren Einkommen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen – Beamt*innen und Tarifbeschäftigte. Das gewerkschaftliche Solidarprinzip äußert sich darin, dass die Höhe des Einkommens die Höhe des Beitrags bestimmt. Steigt das Einkommen, steigt der GEW-Beitrag. Für die Mitglieder der GEW NRW, die auf Grundlage des TV-L bezahlt werden, sowie für die Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen stieg der GEW-Mitgliedsbeitrag folglich zum 1. Januar 2018 um 2,35 Prozent. Die Mitglieder der GEW NRW, für die der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) gilt, sind davon nicht betroffen. Zudem hat der Bundesgewerkschaftstag im Mai 2017 beschlossen, höhere Beiträge zur Stärkung des Kampffonds zu erheben. **Mehr unter www.tinyurl.com/gew-nrw-beitragserhoehungen** *ms*



Foto: S. Ziese

Für Bildung gegen Spaltung

Die GEW NRW ist eine verlässliche Partnerin, um notwendige Veränderungen im Bildungsbereich umzusetzen. Das zeigen nicht zuletzt die Beschlüsse, die die Delegierten des Gewerkschaftstags 2017 gefasst haben. Das Land NRW muss von der frühkindlichen Bildung bis zu den Hochschulen Sorge dafür tragen, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gut zu bilden. Die Anträge und Beschlüsse thematisierten unter anderem die Teilhabe zugewanderter Kinder, den schulbezogenen Sozialindex, den Lehrkräftemangel und die Organisationsstruktur. **Mehr zu den Beschlüssen unter www.tinyurl.com/gew-nrw-gewerkschaftstag und unter www.gew-nrw.de/meine-gew-nrw (nach Log-in).** *rue/loe*

Ausbildungsplätze fehlen

Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat die Ausbildungsmarktbilanz für 2017 vorgelegt. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack sagt dazu: „Eine Trendwende auf dem Ausbildungsmarkt ist leider nicht in Sichtweite, die Herausforderungen bleiben groß.“ Zwar sei es im dritten Jahr in Folge gelungen, einen weiteren Sinkflug bei den Ausbildungsverträgen zu stoppen, dennoch hätten mehr als 80.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz gefunden, obwohl sie von der Bundesagentur für Arbeit als ausbildungsreif eingestuft worden seien. Ihnen standen nur 48.937 offene Plätze gegenüber. Vor allem Hauptschüler*innen gelinge immer seltener der Sprung von der Schule in Ausbildung. „Wir brauchen deshalb mehr betriebliche Ausbildungsplätze; die Bundesregierung muss zudem die Assistierte Ausbildung ausweiten.“ *DGB*

Mehr Mittel für BAföG

Die Zahl der BAföG-Empfänger*innen ist weiter gesunken. Das geht aus dem neuen BAföG-Bericht der Bundesregierung hervor, der kürzlich im Kabinett verabschiedet wurde. Danach erhält noch nicht einmal jede*r vierte Studierende BAföG. Obwohl die Lebenshaltungskosten steigen, hat die Bundesregierung die dringend empfohlene Erhöhung der Leistung verschoben. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack fordert die Politik auf, die Talfahrt endlich zu stoppen: „Die Studierendenzahlen steigen, die Studierenden-Förderquote ist mit 22,1 Prozent fast auf ihren Tiefstand aus dem Jahr 2000 gefallen.“ Die Fördersatz und Freibeträge des BAföG müssten dringend und kräftig um mindestens 6,5 Prozent erhöht werden. Auch bei der Wohnpauschale für Studierende mit eigenem Haushalt bestehe dringender Handlungsbedarf. Sie bleibe mit 250,- Euro weit hinter dem Bedarf zurück. Das gehöre in den 100-Tage-Plan der künftigen Bundesregierung. *DGB*



Foto: BUND VERLAG

Preis für Hauptpersonalrat

Für die Dienstvereinbarung zur Einführung, Nutzung und Weiterentwicklung einer Basis-IT-Infrastruktur in NRW-Schulen erhält der Hauptpersonalrat für Lehrerinnen und Lehrer an Förderschulen und Schulen für Kranke den Personalräte-Preis 2017 in Silber. Stellvertretend nahmen Gaby Dietz (Mitte) und Ulrich Benus von der GEW NRW den Preis entgegen. Ziel war mit einer Dienstvereinbarung zur Umsetzung von LOGINEO NRW die Fragen des Datenschutzes, der Haftung und der Arbeitsbelastung beziehungsweise -entlastung zu regeln, das dem Hauptpersonalrat durch lange Verhandlungen mit dem MSW gelungen ist. **Mehr unter www.tinyurl.com/gew-nrw-personalraete-preis** *Gaby Dietz*

Anja Weber ist neue Vorsitzende

Bei der 21. ordentlichen Bezirkskonferenz des DGB NRW am 8. und 9. Dezember 2017 stimmten 98 Prozent der Delegierten für Anja Weber als neue Vorsitzende. Sie folgt auf Andreas Meyer-Lauber. Vor ihrer Wahl hatte die 56-jährige NGG-Gewerkschafterin eine engagierte Rede gehalten und für eine neue Arbeitszeitdebatte plädiert: „Wir wollen neue Zeiten denken. Viele Beschäftigte möchten selbstbestimmter über ihre Arbeitszeit entscheiden, zum Beispiel, um Privatleben und Beruf besser zu vereinbaren.“ Gleichzeitig müsse aber der Schutz erhalten und eine Entgrenzung der Arbeit verhindert werden. Als ihre Stellvertreterin wurde mit 84 Prozent Dr. Sabine Graf gewählt, die bereits seit 2010 dieses Amt innehat. **Mehr unter www.tinyurl.com/gew-nrw-vorsitzende-dgb-nrw** *kue*



Foto: DGB NRW

Ihre Meinung zur nds ist gefragt

Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer nds? Um das herauszufinden, startet die GEW NRW eine Online-Leser*innenbefragung, die als repräsentative Stichprobe durchgeführt wird. Das heißt: Ende Januar 2018 erhalten 7.500 zufällig ausgewählte GEW-Kolleg*innen per E-Mail eine persönliche Einladung mit dem Link zur Befragung. Nutzen Sie die Gelegenheit, Ihre nds mitzugestalten! Falls Sie nicht dabei sind und uns trotzdem etwas mitteilen möchten, freuen wir uns auf Ihre E-Mail an redaktion@nds-verlag.de. *nds-Redaktion*



Philosophieren in der Grundschule

Wertebildung fest verankern

Es tut sich was im Fächerkanon der Grundschulen in NRW: Bald ist wohl mit der Einführung eines philosophischen Ersatzfachs für diejenigen Grundschüler*innen zu rechnen, die nicht am konfessionellen Religionsunterricht teilnehmen. Im Dezember 2017 befasste sich bereits der Schulausschuss des Landtags in einer Anhörung mit dieser Frage. Was steckt hinter dieser Entwicklung?

Anfang Dezember 2017 schreckte die IGLU-Studie die Öffentlichkeit auf: Fast jede*r fünfte Viertklässler*in (18,9 Prozent) verfügt nicht über eine ausreichende Lesekompetenz. Eine andere, in der Öffentlichkeit so nicht bekannte Zahl müsste mindestens ein ebensolches Entsetzen auslösen: Mehr als jede*r sechste Viertklässler*in in NRW (17,5 Prozent) erhält während der Grundschulzeit keine gezielte Förderung der Orientierungskompetenz in wichtigen Lebensfragen, keine explizite Bildung in persönlichen und gesellschaftlichen Werten. Denn diese Schüler*innen nehmen am konfessionellen Religionsunterricht, in dem unter anderem Fragen der Grundorientierung zu sich selbst, zu anderen und zur Welt aufgegriffen und aus der jeweiligen Glaubensperspektive beantwortet werden, nicht teil. Diese Schüler*innen erhalten in NRW – anders als in acht anderen Bundesländern – keinen adäquaten Ersatzunterricht, sondern werden in anderen Lerngruppen irgendwie beaufsichtigt, in Auffanggruppen irgendwie beschäftigt oder haben schlicht unterrichtsfrei.

Konfessioneller Religionsunterricht verliert an Bedeutung

Diese Art von „Unterrichtsausfall“ ist das Zwischenergebnis einer längeren Entwicklung. Die amtlichen Schulstatistiken des Schulministeriums offenbaren: Der Anteil der Grundschüler*innen ohne Bekenntnis ist von 12,5 Prozent im Schuljahr 2006/2007 auf 18,9 Prozent im Schul-

jahr 2016/2017 gestiegen. Im vergangenen Schuljahr waren zudem 18,7 Prozent der Grundschulkinder islamischen Glaubens. Und weitere 6,3 Prozent der Kinder gehörten zu kleineren Religionsgemeinschaften, für die in vielen Fällen kein eigener Religionsunterricht erteilt werden kann. Vom konfessionellen Religionsunterricht abgemeldet sind hingegen lediglich 0,25 Prozent der Grundschulkinder. Diese Beanspruchung der negativen Religionsfreiheit gemäß Artikel 4 Absatz 1 des Grundgesetzes ist also nicht auf innerschulische, sondern weit mehr auf gesamtgesellschaftliche Prozesse der Säkularisierung und Entchristlichung zurückzuführen.

Dass der konfessionelle Religionsunterricht in NRW tatsächlich immer mehr an quantitativer Bedeutung verliert, ist für alle Schulformen und Jahrgangsstufen zu beobachten. In den Grundschulen wird Religion in mittlerweile acht Konfessionen erteilt, wobei der Anteil des evangelischen und katholischen Unterrichts zusammen mehr als 98 Prozent umfasst. Ob eine solche Separierung der Schüler*innenschaft mit Integration und Inklusion verträglich ist, kann sehr bezweifelt werden. Grundgesetz und Landesverfassung lassen aber derzeit kein konfessionsübergreifendes und weltanschaulich neutrales Fach für alle anstelle eines bekenntnisorientierten Unterrichts zu.

Die Beteiligung am konfessionellen Religionsunterricht betrug im Schuljahr 2011/2012 noch 87,9 Prozent. Sie sank dann in nur fünf

Jahren auf 82,5 Prozent. Die Differenz zu 100 Prozent ist der oben beklagte „Unterrichtsausfall“ von 17,5 Prozent. Diese einfache Rechnung ist möglich, weil die ministerielle Stundentafel für alle Schüler*innen aller Jahrgangsstufen aller allgemeinbildenden Schulformen konfessionellen Religionsunterricht vorsieht.

Philosophieunterricht bislang nicht als adäquater Ersatz etabliert

Zum Vergleich: Vom Schuljahr 2011/2012 bis 2016/2017 ging der Besuch des konfessionellen Religionsunterrichts an Realschulen von 74,9 auf 62 Prozent zurück. Hier beträgt der „Unterrichtsausfall“ aber nicht 38 Prozent, denn dort wird wie in anderen Schulformen der Sekundarstufe I als Ersatz für den konfessionellen Religionsunterricht vermehrt Praktische Philosophie unterrichtet. Die Beteiligung daran ist allein im genannten Zeitraum von 13,5 auf 22,4 Prozent gestiegen. Aber Vorsicht: Diese Zunahme reicht bei Weitem nicht aus, denn auch hier bleibt noch eine erschreckende Lücke, die in den vergangenen Jahren sogar noch gewachsen ist: Im Schuljahr 2016/2017 hatten 15,6 Prozent der Realschüler*innen in NRW weder Unterricht in Religionslehre noch in Praktischer Philosophie. 2011/2012 waren es noch 11,6 Prozent.

Es kann also durchaus geschehen, dass ein Grundschulkind ohne Religionsunterricht, das derzeit zur Realschule wechselt, auch dann noch keine explizite Förderung seiner Orientierungskompetenz erhält. Diesem Kind fehlen dann bis zum Sekundarabschluss bis zu 800 Fach-Unterrichtsstunden. Besucht das Kind dann die gymnasiale Oberstufe, kann es in aller Regel Philosophie als Ersatzfach belegen. Ganz anders sieht es im Falle einer beruflichen

Ausbildung aus: Das duale Ausbildungssystem kennt aus mir unerschließlichen Gründen überhaupt kein Ersatzfach für den konfessionellen Religionsunterricht. Praktische Philosophie ist nur für die vollzeitschulischen Bildungsgänge an Berufskollegs vorgesehen, dort aber kaum etabliert. Seit 2016 könnte es immerhin als Fach des Berufskolleglehramts studiert werden. Aber dies ist bisher an keiner der NRW-Hochschulen tatsächlich möglich. Praktische Philosophie gibt es zurzeit nur an ungefähr der Hälfte der Berufskollegs und fristet dort ein eher kümmerliches Dasein.

Kirchen ermöglichen konfessionell-kooperativen Religionsunterricht

Um die Wertebildung im Grundschulbereich und in der Sekundarstufe I zu sichern, bemühen sich die beiden großen Kirchen derzeit den Religionsunterricht zu stärken. Dafür haben sich vier der fünf katholischen (Erz-)Bistümer mit den drei evangelischen Landeskirchen im Herbst 2017 auf die Möglichkeit konfessionell-kooperativen Religionsunterrichts verständigt. Demnach soll es ab dem Schuljahr 2018/2019 möglich sein, in einer konfessionell gemischten Lerngruppe abwechselnd evangelische und katholische Religion bekenntnisorientiert zu unterrichten. Das NRW-Schulministerium hat mit einem Runderlass vom 17. August 2017 dazu den rechtlichen Rahmen gestaltet und die Einführung eines solchen Unterrichts unter anderem von der Beteiligung der jeweiligen Schulkonferenz abhängig gemacht.

Ob diese Maßnahme das anvisierte Stärkungsziel erreichen kann, ist fraglich. Das Erzbistum Köln, das sich am Koop-Unterricht nicht beteiligen will, äußert auf seiner Webseite entsprechende Zweifel: Man teile zwar die Sorge, dass mancherorts die Zahl christlicher Schüler*innen äußerst gering sei; der konfessionell-kooperative Religionsunterricht könne aber gerade dieses Problem nicht lösen, denn seine Organisation folge dem etablierten Religionsunterricht. Dieses Modell führt also nicht zu einer stärkenden Erweiterung und damit auch nicht zu einer Verringerung des oben beklagten „Unterrichtsausfalls“.

Landtag unterstützt Forderung nach einem neuen, ergänzenden Fach

Aus dem NRW-Landtag gibt es seit der vergangenen Legislaturperiode andere Initiativen: In einem Antrag hatte die FDP-Fraktion die Landesregierung bereits 2014 aufgefordert, „ein Konzept für die Einführung eines nichtkonfessionellen Werteunterrichts an Grundschulen vorzulegen“. Dieser Antrag wurde abgelehnt;

angenommen aber wurde ein Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN. Danach „ist perspektivisch ein Angebot an Gemeinschaftsgrundschulen zu entwickeln für Schülerinnen und Schüler, die keinem Bekenntnis angehören oder deren Eltern für ihre Kinder keine Unterrichtung in einem Bekenntnis wünschen, analog zum Fach Praktische Philosophie in der Sekundarstufe I“.

Der Koalitionsvertrag der neuen schwarz-gelben Landesregierung greift diese Gedanken auf: „Daher werden wir Ethikunterricht an Grundschulen ermöglichen.“ In diesem Sinne formulierten die GRÜNEN den Antrag „Philosophie verleiht Flügel“. In einer Anhörung des Schulausschusses am 6. Dezember 2017 teilten alle eingeladenen Expert*innen der beiden Kirchen, der Universitäten Köln und Münster sowie der PRIMUS-Schule Berg Fidel in Münster das Anliegen dieses Antrags: „Die Einrichtung eines Unterrichtsfachs ‚Philosophieren mit Kindern‘ (...) an den Grundschulen des Landes ist als Ergänzung des bekenntnisorientierten Religionsunterrichts notwendig.“

Dass ein neues Fach entstehen soll, scheint klar zu sein, Fragen zum „Wie“ sind noch offen: Wie können möglichst schnell Lehrkräfte für dieses Fach nachqualifiziert und ausgebildet werden? In der Anhörung wurde deutlich, dass die Universitäten Köln und Münster dazu bereits Vorüberlegungen angestellt haben. Wie soll dieses Fach in den Stundenplan der Grundschulen integriert und gegebenenfalls mit dem Religionsunterricht verzahnt werden? Dazu sind die

Vorstellungen noch sehr vage. Wie soll das neue Fach heißen? Die Vorschläge reichen von „Praktische Philosophie“ – wie in der Sekundarstufe I – über „Ethik“, „Philosophieren mit Kindern“ bis zu „Kinder philosophieren“. Entscheidender als diese Frage wird der bald zu entwickelnde Lehrplan sein.

Wie geht es nun weiter? Sigrid Beer von den GRÜNEN teilte auf Anfrage mit, dass sie sich um einen gemeinsamen Antrag ihrer Fraktion mit denen der CDU, SPD und FDP bemühen werde, der dann bereits in der nächsten Schulausschuss-sitzung Ende Februar 2018 thematisiert werden könnte. Das lässt hoffen! //



FDP: Antrag „Landesregierung muss Konzept zur flächendeckenden Einführung eines nicht-konfessionellen Werteunterrichts an Grundschulen vorlegen“ (16/6128)

www.tinyurl.com/fdp-16-6128



SPD und die GRÜNEN: Entschließungsantrag (16/8200)

www.tinyurl.com/spd-gruene-16-8200



Die GRÜNEN: Antrag „Philosophie verleiht Flügel“ (17/533) und zugehörige Stellungnahmen

www.tinyurl.com/gruene-17-533



Prof. Dr. Klaus Blesenkemper

Professor (i. R.) für Fachdidaktik Philosophie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Fachgruppe Grundschule der GEW NRW

Ein neues Fach braucht gute Vorbereitung!

Der Antrag der GRÜNEN und der Koalitionsvertrag von CDU und FDP eröffnen mit der Forderung nach einem neuen Ersatzfach eine neue Baustelle in der Primarstufe – ohne dass bereits begonnene Projekte erfolgreich umgesetzt worden wären. Das muss gut begründet und noch besser vorbereitet werden.

Vor der Einführung eines bekenntnisunabhängigen Fachs auch in den Grundschulen – in Anlehnung an „Praktische Philosophie“ in der Sekundarstufe I und II – müssen drei grundsätzliche Fragen geklärt werden:

- ◆ Wie wird das Fach in die Stundentafel eingebunden – als neunte Gruppe zu den acht bisher zugelassenen Religionsgruppen oder als neues Fach für alle?
- ◆ Welche Inhalte sollen vermittelt werden – wie sieht der Lehrplan aus?
- ◆ Wer unterrichtet dieses Fach und wie werden die Kolleg*innen dafür aus- und fortgebildet?

Jedes neue Fach führt zu einem neuen Bedarf an gut ausgebildeten Lehrkräften, die es jedoch gerade in den Grundschulen auch in den nächsten Jahren nicht geben wird. Jetzt bietet sich die Möglichkeit, alte Fehler nicht zu wiederholen: So müssen vor Einführung des neuen Fachs die genannten Fragen nicht nur beantwortet, sondern auch die konkrete Umsetzung in den Schulen gut vorbereitet sein. An diesem Prozess wird sich die GEW-Fachgruppe beteiligen und dabei die Erfahrungen der Schulen aufgreifen, in denen viele Schüler*innen nicht am angebotenen Religionsunterricht teilnehmen. Und sie wird auch in die acht Bundesländer schauen, in denen das Fach unter verschiedenen Bezeichnungen – als „Ethik“, „Philosophieren“ oder „Werte und Normen“ – und Bedingungen bereits eingeführt wurde. Die Diskussion in der Fachgruppe hat begonnen und wird fortgeführt.

Rixa Borns, Leitungsteam der Fachgruppe Grundschule der GEW NRW